

Inserate werden angenommen in Bosen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, hof. A. Schick, Hoflieferant, Dr. Gerber u. Breiterstr. Ecke, alle Briefe in Firma J. Neumann, Wilhelmplatz 8. Verantwortliche Redakteure: F. Haackfeld für den politischen Theil, A. Beer für den übrigen redaktionellen Theil in Bosen.

Posener Zeitung

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Bosen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Hoffe, Hausenlein & Fogler, 6. J. Parke & Co., Zwickauerstr. Verantwortlich für den Inseratenthell: J. Klugkist in Bosen.

Nr. 866

Sonnabend, 10. Dezember.

1892

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Bosen, 5,45 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgehaltene Zeitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bezugsloser Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Zur Lage in Frankreich.

Wiederum ist die Panamafrage in eine neue Phase eingetreten — das alte Ministerium ist abgethan und ein neues, oder wenn man lieber will, in der Hauptsache das alte unter neuer Firma, ist an dessen Stelle getreten. Leicht ist die Wiedergeburt dieses Ministeriums freilich nicht zu Stande gekommen, und wenn auch die Mehrzahl der Franzosen wie von einer Last befreit aufathmet, da man so, wie die Dinge diesmal liegen, allen Grund hatte, der „ministerlosen, der schrecklichen Zeit“ mit Bangen entgegenzusehen, so wird man sich in Frankreich jetzt, wo für den Augenblick das Schlimmste überstanden ist, bei ruhiger Ueberlegung selbst sagen müssen, daß diese momentane Lösung der Ministerkrise doch nur einen sehr kleinen Schritt nach vorwärts in der Panama-Angelegenheit bedeutet. Vielleicht ist es in der That nur die Besorgniß gewesen, es möchten sich bei einer längeren Dauer des Interregnums die herrschenden Mienen bis zu einer wirklichen Anarchie steigern, welche die früheren Minister in ihrer Mehrzahl veranlaßte, ihren Sitz auch im neugebildeten Kabinett einzunehmen. Ueber die sehr geringen Aussichten auf längere Dauer, welche diesem gleich von Beginn seiner Thätigkeit an beschieden sind, wird sich wohl keiner unter den also Berufenen getäuscht haben; es hat daher sicher eine nicht geringe Summe von Opferfreudigkeit und Pflichttreue dazu gehört, unter so mißlichen Verhältnissen sich zur Annahme eines Portefeuilles zu entschließen.

Der PanamaSkandal selbst ist inzwischen keineswegs kleiner geworden; wenn sich auch die erste und ärgste Aufregung einigermaßen beschwichtigt hat, so ist dafür doch so viel bereits zur Gewißheit geworden, daß die behauptete Korruption und Bestechlichkeit wirklich in dem ganzen Umfange vorhanden war, und daß ein großer Theil der verschleuderten Millionen thatsächlich in die Taschen mehr oder minder dunkler Ehrenmänner geflossen ist, deren Stimmen zu Gunsten des Panamaunternehmens einfach gekauft wurden. Kammer und Senat sind hierbei bereits aufs Gründlichste kompromittirt, höchstens noch mit dem Unterschied, daß die meisten der bis jetzt bloßgestellten Abgeordneten wenigstens äußere Gründe zu ihrer Entschuldigung geltend zu machen vermochten, während die Herren Senatoren Renault, Grévy und Hébrard auch nicht einmal den Schein eines solchen Grundes für sich haben, sondern zugeben müssen, die ihnen von Baron Reinach aus purer „Gefälligkeit“ zugewiesenen „Spekulationsgewinne“ unbedenklich eingestreckt zu haben — d. h. wenigstens Renault und Grévy, während Hébrard gar für eine nicht zu Stande gekommene Biefierung trotzdem die Kleinigkeit von 1½ Millionen erhielt. Wenn also auch der Senat heute noch Lust hätte, die Regierung bei einem etwaigen Versuch, die Sache zu vertuschen oder im Sande verlaufen zu lassen, zu unterstützen, so würde sich jetzt, nachdem die Dinge so weit gediehen sind, die Unmöglichkeit hierzu doch ganz von selbst ergeben.

Das neue Ministerium muß also vorwärts, oder vielmehr es wird vorläufig seine Hauptaufgabe darin zu erblicken haben, der Kammer freien Spielraum zum Vorwärtsgen zu gewähren. Was dann folgt, und ob das Ministerium nach diesem Sturm sich noch lebensfähig erweisen wird, ist eine Frage, die man für jetzt wohl mindestens als zweifelhaft wird ansehen müssen. Daß es der Kammer mit einem rücksichtslosen Vorgehen wirklich Ernst ist, hat wohl der Antrag Bourquery de Boissierins, den Untersuchungs-Ausschuß mit den weitgehendsten Vollmachten auszustatten, (ein Antrag, der noch vor der Proklamation des neuen Kabinetts gestellt wurde und lebhaften Beifall fand) hinlänglich bewiesen. Das Ministerium hat denn auch, wie die „Pos. Ztg.“ bereits telegraphisch zu melden in der Lage war, seine vollste Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Kammer mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen, um über die Thatsachen, welche mit der Panama-Angelegenheit zusammenhängen, Licht zu verbreiten.

Das also sind die Verhältnisse, unter denen die neuen Lenker des Staatsschiffes sich bereit erklärt haben, das Steueruder zu ergreifen. Besonders zwei von ihnen sind es, die wirklich ein schweres Opfer für das Vaterland gebracht haben, Herr Ribot, der sein gerade jetzt von den Stürmen im Innern am Wenigsten berührtes Portefeuille des Aeußeren mit dem in dieser Lage doppelt heißen Posten des Ministerpräsidenten vertauscht hat, und Loubet, der eben, gewiß nicht mit den angenehmsten Erfahrungen, von jenem ersten Posten zurückgetreten, ohne Empfindlichkeit sich bereit hat finden lassen, in dem neuen Kabinett den zweiten Platz einzunehmen. Indes ist es ja immerhin möglich, daß dem Ministerium Ribot bessere Erfolge und längere Dauer beschieden sind, als man jetzt anzunehmen

geneigt ist — es wäre nicht das erste Mal in Frankreich und anderswo, daß gerade ein Ministerium, dessen Existenzfähigkeit ursprünglich am stärksten angezweifelt wurde, sich einer besonders langen Lebensdauer zu erfreuen hatte.

Deutschland.

D. L. C. Berlin, 9. Dez. [Unsere Schulmisdre.] Durch ein eigenthümliches Spiel des Zufalls ist der Gesetzentwurf, betreffend die Verbesserung des Volksschulwesens, im Abgeordnetenhaufe an demselben Tage ausgegeben worden, an dem die neuen Reichssteuerentwürfe in Reichstags zur Vertheilung kamen und, was noch wichtiger ist, wenige Tage vor dem Beginn der Berathung der Militärvorlage im Reichstage. Auf den Inhalt der Vorlage legen wir weniger Gewicht. Die Vermehrung des Dispositionsfonds des Kultusministers um 4 Millionen Mark jährlich und um einmalige 6 Millionen ist nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Der Schwerpunkt der Vorlage liegt in der Aufhebung des Gesetzes vom 26. Mai 1887, eines Gesetzes, welches auf Betreiben der Großgrundbesitzer und Eigentümer selbständiger Gutsbezirke unter Beihilfe des Fürsten Bismarck erzwungen wurde, um der Steigerung der Volksschullasten einen Nagel vorzujubeln. Das Gesetz wurde damals nicht mit Unrecht als ein „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Regierungsschulräthe“ bezeichnet und es hat sich dieses Namens würdig gezeigt. Die Frage der Leistungsfähigkeit der Gemeinden und anderer Schulunterhaltungs-pflichtigen ist — ganz liberal — den Selbstverwaltungsbehörden übertragen worden unter dem durchsichtigen Vorwande, daß die Regierung das damit verbundene Odium nicht länger tragen könne. Der autonierervative Abgeordnete v. Meyer-Arnswalde, der das Gesetz von Grund aus bekämpfte, meinte, die Kreisräthe und Provinzialräthe würden sich bedanken, dieses Odium auf sich zu nehmen. Er hat sich geirrt. Sie haben, so heißt es in der Begründung der jetzigen Vorlage, den zulässigen Höchstbetrag der Schulsteuern auf das Aeußerste beschränkt, ja sie haben nach der Bewilligung von 28 Millionen Staats-Zuschüsse zu den Schulleistungen der Gemeinden, jede weitere Belastung, welche durch Eröffnung neuer Klassen oder Behranstalten in Folge vermehrter Kinderzahl nothwendig wurden, überhaupt mit der Begründung abgelehnt, „weil sonst die durch jene Gesetze gewollte Erleichterung illusorisch werden würde“. So ist es dahin gekommen, daß die Regierung vor den preussischen Landtag mit dem Geständniß tritt, so wie es jetzt sei, gebe es nicht weiter: „Die Verwaltung ist nach den bisherigen Erfahrungen nicht im Stande, dauernd den jetzigen Bildungsstand des Volkes zu erhalten.“ Das ist nicht nur keine Uebertreibung, es ist nur die Hälfte der Wahrheit, daß das preussische Volksschulwesen thatsächlich im Rückgang begriffen und daß die Regierung nicht im Besitz der Mittel — von den finanziellen ganz abgesehen — ist, diesem Rückgang Einhalt zu thun. Sie verlangt deshalb die Wiederaufhebung des Gesetzes von 1887 unter Berufung auf den Versuch des Fürsten Bismarck, im Herrenhause diese Verschlimmerung des damaligen Zustandes in milderem Lichte durch die Behauptung erscheinen zu lassen, daß es sich nur um ein provisorisches Gesetz handle. Leider ist der Antrag der Nationalliberalen, die Geltungsdauer des Gesetzes auf fünf Jahre zu beschränken — diese Klausel sollte den nationalliberalen Jagatoren zur Gewissensberuhigung dienen — im Abgeordnetenhaufe abgelehnt worden. Gleichwohl beruft sich die Regierung jetzt auf jene Worte des Fürsten Bismarck, um die Aufhebung jenes Gesetzes zu motiviren, unter Hinweis darauf, daß ja durch die Ueberlassung der Realsteuern an die Gemeinden diesen neue Mittel zugeführt würden. Daß sie mit diesem Argument Glück haben werde, bezweifeln wir. Die Steuerzahler und die Gemeinden, die durch die Ueberlassung der Realsteuern angeblich entlastet werden, müssen ja doch das Mehr von 45 Millionen an Einkommensteuer und die Vermögenssteuer mit 35 Millionen tragen und obendrein sollen ihnen durch die Militärvorlage noch 50 Millionen Mark (für Preußen allein) in der Form erhöhter Abgaben an Bier, Branntwein und Böhrengeschäften auferlegt werden. Daß die Mehrheit des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses die Hand bieten werde, das Gesetz vom Jahre 1887 wieder aufzubeugen, und die Entscheidung über die Leistungsfähigkeit der schulunterhaltungspflichtigen Gemeinden und Großgrundbesitzer wieder in die Hände der Regierungsbehörden zu legen, zu dem ausgesprochenen Zwecke, eine durchgreifende Erhöhung der Volksschul-lasten zu erzwingen, ist um so unwahrscheinlicher, als die 10 Mill. aus den Ueberbüchsen der Einkommensteuer in den Jahren 1892-93 bis 1894-95 nur zur Unterhaltung der als leistungsunfähig anerkannten Gemeinden bestimmt sind. Die freisinnige Partei kann es sich zur Ehre anrechnen, daß sie 1887 gegen ein Gesetz gestimmt hat, dessen Verderblichkeit für die Volksschule die Regierung heute offen anerkennt. Aber mit der Rückkehr zur Allmacht der Bureaokratie ist es auch nicht gethan. Allerdings wurde dem Gesetze von 1887 von allen, die es mit der Volksschule gut meinten, ein provisorischer Charakter beigelegt, aber in einem ganz anderen Sinne, wie die Regierung jetzt behauptet. Von liberaler Seite ist damals das Gesetz bekämpft worden, nicht weil es Selbstverwaltungsbehörden eine maßgebende Mitwirkung bei der Fürsorge für die Volksschule einräumen wollte, sondern weil es an den gesetzlichen Normen fehlte, zu deren Durchführung die Selbstverwaltungsbehörden mitwirken sollten. Die Liberalen, die dem Gesetze zustimmten, trösteten sich mit der Hoffnung, daß in Bälde ein Schuldotationsgesetz an die Stelle treten werde. Auch der damalige Kultusminister Herr v. Gopler erklärte im Abgeordnetenhaufe, man müsse, da es leider noch nicht gelungen sei, ein allgemeines Unterrichtsgesetz zu Stande zu bringen, Vorkehrungen treffen, um den immer schwieriger werdenden Fortschritt in der Entwicklung unseres Schulwesens sicher zu stellen. Inzwischen ist das Goplersche Unterrichtsgesetz sowohl wie — Gott sei Dank — der Bedlitzsche Entwurf gescheitert und der Versuch ein allgemeines Unterrichtsgesetz oder auch nur ein das ganze Gebiet der Volksschule umfassendes Gesetz zu Stande zu bringen, erscheint auf absehbare Zeit aussichtslos. Und aus der

jetzigen Vorlage erfährt man, daß der gegenwärtige Kultusminister Dr. Hoffe nicht entfernt daran denkt, die Fehler, die Minister v. Gopler gemacht hat, als er statt des einstimmig vom Herrenhause und Abgeordnetenhaufe verlangten Schuldotationsgesetzes ein allgemeines Volksschulgesetz vorlegte, zu korrigiren und durch den Erlaß eines Schuldotationsgesetzes dem Rückgang der preussischen Volksschule Einhalt zu thun. Der ministerielle Absolutismus auf dem Gebiete der Volksschule hatte sich schon überlebt, als die Regierung das Gesetz von 1887 einbrachte; die Galvanisirung der Leiche ist nicht möglich. An seine Stelle muß eine gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht und der Lehrergehälter treten, wenn die einst so gerühmte preussische Volksschule nicht verfallern soll. In einer Zeit, in der ein Aulwardt unter der Empfehlung von Landräthen und Beamten in den Reichstag gewählt wird, ist eine auf volksthümlicher Grundlage beruhende, von den Gemeinden mit Liebe gepflegte, die wahre Aufklärung fördernde Schule eine absolute Nothwendigkeit.

— Kammerherr von Blumenthal ist bekanntlich der Einzige gewesen, der sich auf dem konservativen Parteitage unter heftigem Widerspruch der Versammlung energischer gegen den Antisemitismus wandte. Er meinte, wie wir einem ausführlichen Berichte entnehmen, der Antisemitismus sei der Gegner des Konservatismus, das beweise, daß sich die Antisemiten gerade auf konservative Wahlkreise wüfren. „Antisemitisch“ und „konservativ“ werde jetzt vielfach als gleichbedeutend hingestellt; dagegen müsse er sich verwahren. Die antisemitischen Programmforderungen wie die antisemitische Agitationsweise verwerfe er. (Hier ertönten lärmende Schlußrufe, die immer lauter wurden. Der Vorsitzende bat um Ruhe.) „Man kann nicht konservativ sein und einen Aulwardt wählen“, fuhr der Redner fort. (Wieder ertönte der Ruf: „Dho!“ Ihm folgten Schlußrufe, Tumult, Rufe: „Aulwardt lebe hoch!“) Stöcker werde auch von der antisemitischen Partei bekämpft, und Stöcker sei doch kein Schutzpatron der Juden. Die sogenannte Reformpartei würde selbst Stöcker einen Gegenkandidaten gegenüberstellen. (Rufe: „Dho!“ und „Nun aber Schluß!“ Der Vorsitzende mußte den Redner wiederholt schüzen.) Rechtsanwält Krause-Arnswalde rief hierauf: „Ich halte mich für ebenso konservativ als der Vorredner. Ich habe in der Stichwahl Aulwardt gewählt! Weiter habe ich Ihnen nichts zu sagen!“ (Minutenlanger Beifall.) — Daß die Versammlung nunmehr den Antrag Klasing, welcher den Passus: „Wir verwerfen die Ausschreitungen des Antisemitismus“ streichen wollte, mit allen gegen sieben Stimmen unter stürmischem Beifall annahm, ist schon mitgeteilt worden. Für die Streichung erklärten sich auch Stöcker und von Rauchaup.

— Zur Geschichte der Fortschrittspartei theilt die „Freis. Ztg.“ gelegentlich des Todes von Werner Siemens mit, daß dieser mit zu den Begründern der Fortschrittspartei gehörte, die ihm auch diesen Namen verdankte. Siemens hatte der Parteibildung und der Berathung des Programms und Namens im Sommer 61 beigewohnt. Siemens selbst erzählt darüber:

„Die Mehrheit war geneigt, für den Namen „Demokratische Partei“ zu stimmen, während Schulze-Delitzsch die „Deutsche Partei“ taufen wollte. Ich schlug vor, den Namen „Fortschrittspartei“ zu wählen, da es mir angemessener schien, die Thätigkeitsrichtung als die Geminnung durch den Parteinamen zu bezeichnen. Es wurde beschlossen, meinen Vorschlag mit dem von Schulze-Delitzsch zu vereinigen und die neue Partei „deutsche Fortschrittspartei“ zu nennen.“

Siemens vertrat dann in den Jahren 1862—66 den Wahlkreis Vennep-Solingen als Mitglied der Fortschrittspartei im preussischen Abgeordnetenhaufe.

— Die „Freis. Ztg.“ erfährt aus juristischen Kreisen, die Abgeordneten aus der Zentrumsparthei, welche zur Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch gehören, bereiteten für das Eherecht besondere Bestimmungen für die Katholiken vor. Es soll also ein gefondertes Eherecht für die Katholiken und die Protestanten in Deutschland eingeführt werden.

Kassel, 8. Dez. Auf eine Eingabe, betr. Absperrung in Wilhelmshöhe ist an die Direktion der hiesigen Straßenbahn folgendes Antwortschreiben gelangt: Berlin, den 3. Dez. 1892. Unter Bezugnahme auf die an des Kaisers und Königs Majestät gerichtete und auf Allerhöchsten Befehl mir zugegangene Eingabe vom 18. Oktober d. J., in welcher die Direktion die Bitte ausspricht, es möchte beifüglichen Ansuchen der dem Straßenbahn-Unternehmen sonst drohenden Gefahr einer BetriebsEinstellung bei künftigen fürstlichen Besuchen auf dem Schlosse Wilhelmshöhe die Absperrung des Parks auf ein möglichst geringes Maß beschränkt werden, benachrichtige ich die Direktion hierdurch, daß Se. Majestät, um den auch von anderer Seite Ihnen ausgesprochenen ähnlichen Wünschen des Publikums nach Möglichkeit entgegen zu kommen, zu bestimmen, die Gnade gehabt haben, daß in Zukunft die Absperrung im Wesentlichen auf denjenigen, die unmittelbare Umgebung des Schlosses umfassenden Raum beschränkt werde, welcher bei der diesjährigen Anwesenheit der kaiserlichen Prinzen für diese an den Tagen, an welchen die Wasser zu spielen pflegen, freigelassen worden ist. Der Minister des königlichen Hauses. gez. v. Wedell.

leotto schlüpfen. Der Biedermann hat natürlich stets einen Theil der Beute für sich in Anspruch genommen.

Der Signalwörter Holmes, der in seiner Wärbude während des Dienstes eingeschlafen war und dadurch das schreckliche Eisenbahnunglück bei Thirsk, das 10 Menschenleben kostete, verschuldet hatte, ist nach einer Londoner Meldung der „Post“ von den Geschworenen als der fahrlässigen Tödtung überführt erkannt worden.

Aus dem Innern von Kamerun hat der Afrikaforcher und Leiter der deutschen Station von Saunde, G. Zentler, einen amüsanten Brief an die „Societa Africana d'Italia“ gesandt, dessen deutsche Uebersetzung der „Samm. Cour.“ wiedergibt.

So weit mein Arm reicht, kommen schwerlich Menschenopfer vor; aber wenn es auch nicht offen geschieht, im Geheimen geschieht es, das liegt in der Natur der Sache; solche Gebräuche, welche in einem Volke feste Wurzeln geschlagen haben, lassen sich nicht so leicht ausrotten, am wenigsten mit Gewalt, und es wird noch geraume Zeit dauern, ehe dieser grauliche Gebrauch verschwindet.

Das Klima ist hier ganz ausgezeichnet. Ich bin jetzt 2 1/2 Jahre hier, bin aber nicht ein einziges Mal fieberkrank gewesen, während ich bei meinem Aufenthalt an der Küste viel darunter gelitten habe.

Da die Natur für mich ein offenes Buch ist, so bin ich trotz des gänzlichen Mangels an Bettungen und sonstiger Verräte immer guten Muthes. Dann und wann, sobald sich Gelegenheit bietet, gehe ich zu einem Volksfest (aboo), welches mir Theater und Oper ersetzt.

Die Natur für mich ein offenes Buch ist, so bin ich trotz des gänzlichen Mangels an Bettungen und sonstiger Verräte immer guten Muthes. Dann und wann, sobald sich Gelegenheit bietet, gehe ich zu einem Volksfest (aboo), welches mir Theater und Oper ersetzt.

Ihr Körper glänzt stets von zarter rother Farbe (Mba), welche von Camwood (Rothholz, Bassia) herrührt, bis oberhalb der Brüste. Wenn diese Farbe verbleicht, gewährt sie vollkommen den Anblick eines feinen Kanzerhemdes; übrigens gewöhnt sich das Auge an dieses rothe Naturkostüm.

Die Männer tragen einen groben Stoff oder Affen- und Kagenfelle zur Bedeckung ihrer Leiden und dazu eine Plinte oder ein Bündel Lanzen. In den Kriegspalavern gebrauchen sie Schild, Lanze, Messer als Waffen.

Die Frauen tragen einen groben Stoff oder Affen- und Kagenfelle zur Bedeckung ihrer Leiden und dazu eine Plinte oder ein Bündel Lanzen. In den Kriegspalavern gebrauchen sie Schild, Lanze, Messer als Waffen.

Gebrauch. Die landläufige Münze, besonders die Scheidemünze, sind Knöpfe (kleine Hemdenknöpfe), während Stoffe, Flinten, Salz, Feuersteine, Messingdraht, Pulver, Perlen und was höheren Werth hat, gegen Eisenbein, Sklaven, Schafe, Ziegen u. s. w. eingetauscht werden.

Marktberichte.

Berlin, 9. Dez. [Städtischer Central-Viehhof.] (Amtlicher Bericht.) Zum Verkauf standen: 139 Kinder, wovon 80 geringere zu Montagspreisen verkauft wurden.

Breslau, 9. Dez., 9 1/2 Uhr Vorm. (Privatbericht.) Gandaufzug und Angebot aus zweiter Hand war mäßig, die Stimmung befestigt und Preise bei besserer Kaufslust voll behauptet.

Weizen mehr Kaufslust, per 100 Mkg. weißer 13,60-14,30 bis 14,90 M., gelber 13,00-13,80-14,70 M. Roggen bessere Kaufslust, bezahlt wurde per 100 Mkg. netto 11,90-12,90 bis 13,10 M.

Börsen-Telegramme.

Table with 3 columns: Location, Commodity, Price. Includes entries for Berlin, Weizen, Roggen, Spiritus, and various exchange rates.

Table with 4 columns: Location, Commodity, Price. Includes entries for London, Paris, and various exchange rates.

Table with 3 columns: Location, Commodity, Price. Includes entries for various cities and commodities like sugar and oil.

Standesamt der Stadt Posen. In der Woche vom 3. bis einschließlich 9. Dezember wurden gemeldet:

Aufgebote. Schuhmacher Nikolaus Nowak mit Franziska Kleczkowska. Oberkellner Gustav Franke mit Olga Obst.

Schneider Albalbert Rot mit Wladislawa Montertan. Kaufmann David Herrstadt mit Henriette Holz.

Geburten. Ein Sohn: Magistratsdiätar Alexander Strey. Bittualienhändler Paul Bawoski. Schlosser Wladislav Zuraj.

Starbefälle. Geo Cierpka 3 Wch. Fleischermeister Joseph Kochowski 74 J. Frieda Moriz 22 Jg. Sophie Szymonowska 1 Mon.

Mg. Ueber die Witterung des Novbr. 1892.

Der mittlere Barometerstand des November beträgt nach 44-jährigen täglich drei Mal, des Morgens um 7 Uhr, des Mittags um 2 Uhr und des Abends um 9 Uhr in der Stadt Posen angestellten Beobachtungen 754,40 mm.

Der vergangene November brachte uns bis zum 13. milde Witterung. Am 14. sank das Quecksilber unter Null und nahm die Kälte unter geringer Schwankung bis zum 28. zu.

Das Barometer hatte einen hohen Stand, es fiel vom 1. Morgens 7 Uhr bei S. und N. und nebligem Wetter von 750,6 mm, bis zum 2. Morgens 7 Uhr auf 747,3 mm.

Am höchsten stand es am 26. Mittags 2 Uhr: 771,3 mm, am tiefsten am 2. Morgens 7 Uhr: 747,3 mm.

Die mittlere Temperatur des November beträgt nach 44-jährigen Beobachtungen + 7,2° Cels., ist also um 5,86 niedriger als die des Oktober.

Die mittlere Tageswärme stieg vom 1. bis 2. von + 7,4° Celsius auf + 8,1°, fiel darauf bis zum 5. auf + 6,3°, stieg bis zum 7. auf + 8,2°, fiel bis zum 10. auf + 0,9°.

Den höchsten Stand zeigte der Thermometergraph am 1. + 13,0°, den tiefsten am 28. - 11,2° Celsius.

Es wurde im November 6 Mal Windstille und 3 Mal beobachtet. Die Höhe der Niederschläge betrug an 4 Tagen mit Niederschlägen, (1 Tag mit Regen und 3 Tage mit Schneefall) 9,3 mm.

Es wurden 10 Tage mit Nebel, 3 Tage mit Reif, und am 1. Abends 8 1/2 Uhr ein großer Hof um den Mond beobachtet.

Die Zahl der heiteren Tage, bei denen die mittlere Bewölkung des Himmels 0,2 der Himmelsfläche nicht erreichte, war 1; die der trüben, bei welchen die mittlere Bewölkung 0,8 der Himmelsfläche überstieg, war 22.

Das Mittel der Luftfeuchtigkeit war des Morgens 7 Uhr 91 Prozent, des Mittags 2 Uhr 85 Prozent, des Abends 9 Uhr 89 Prozent und im Durchschnitt 88 Prozent der Sättigung.

*) Vom 1. Dezember 1884 an wurde des Morgens 7 Uhr, Mittags 2 Uhr und Abends 9 Uhr beobachtet.

Advertisement for 'Seidenstoffe' (Silk fabrics) from Elten & Keussen, Grefeld. Includes a logo and contact information.

